

Oliver Tolmein, Detlef zum Winkel
Herr P. und die Bombe
Vom Krieg der Polemiker
112 Seiten
ISBN 3-89458-106-9

Nie wieder Deutschland ohne uns

"Von seinen Erfahrungen her dürfte kein Volks so qualifiziert sein wie das Deutsche, das zu verstehen, was heute in der arabischen Welt geschieht"
H.M.Enzensberger

Der Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak mobilisierte in vielen Ländern der Welt Friedensgruppen und linke Organisationen gegen diesen Krieg zu protestieren. Auch in der Bundesrepublik Deutschland lebte innerhalb kürzester Zeit die Friedensbewegung auf, die Anfang der achtziger Jahre zum größten Sammelbecken der außerparlamentarischen Opposition in der BRD geworden war, die aber nur für kurze Zeit eigene politische Impulse geben konnte. Ihr neuerliches Engagement und der Zulauf den sie sofort hatte überraschte vor allem aus zwei Gründen: Zum einen war dem Golfkrieg die Restauration Deutschlands vorausgegangen, ohne daß sich dagegen eine starke Protestbewegung organisiert hätte, zum anderen war die BRD anders als die anderen europäischen Staaten nicht mit eigenen Truppen am Golf vertreten. Die Betroffenheit, für die Mobilisierung von Massenbewegungen in der Bundesrepublik erfahrungsgemäß stets erforderlich, stellte sich diesmal über die Angst vor der weltumspannenden Öko-Katastrophe, den befürchteten Einsatz der Atombombe im Golfkrieg und aufgrund der Erinnerungen an die tatsächlichen und vermeintlichen Leiden der Deutschen während der Bombennächte des Zweiten Weltkrieges ein. "Erstmals seit 45 Jahren laden wieder angloamerikanische Bombergeschwader ihre tödliche Last ab", empörte sich am 22. Januar 1991 das "Neue Deutschland". Die Wiedervereinigung war vollzogen, die deutsche Geschichte erscheint seitdem auch aus linker Perspektive in neuem Licht.

Die Anti-Kriegs-Bewegung, die zuerst Tausende, dann, am 26. Januar 1991 in Bonn sogar, wie in alten Zeiten, Hunderttausende auf die Straße brachte gegen den, wenn auch vorerst nur zögerlich von der Bundesregierung unterstützten, Golfkrieg, schien immerhin den gerade konstatierten (und in den Stimm-Ergebnissen zur ersten großdeutschen Wahl sichtbar gewordenen) Niedergang der außerparlamentarischen Opposition in Deutschland zu stoppen. Schien - denn tatsächlich erwies sich der Massenprotest aktuell als folgenlos und die Betroffenheit verflüchtigte sich schneller als vorherzusehen war. Diejenigen, die für Frieden um jeden Preis auf die Straße

gegangen waren, sahen sich auch durch die überaus schnellen Erfolge der alliierten Truppen ihrem Ziel nahe. Als zudem offensichtlich wurde, daß auch die in weltumspannenden Dimensionen befürchtete Öko-Katastrophe ausbleiben würde, wurden aus den Großdemonstrationen wieder kleine Umzüge, beschränkten sich Blockadegruppen mangels Masse auf kurzzeitige symbolische Aktionen, gerieten die Mahnwachen zu achtlos hingegenommenen Routineveranstaltungen.

Während die bundesdeutschen PolitikerInnen der Regierungsparteien mit zunehmendem Engagement den Einsatz von Bundeswehrtruppen auch außerhalb des NATO-Gebietes vorbereiteten und sich dafür zumindest den Umfrageergebnissen zufolge auf eine solide Basis in der Bevölkerung stützen konnten, agierte die außerparlamentarische Opposition, mittlerweile wieder auf ihre eigene Schwäche zurückgeworfen, ohne jede gemeinsame Orientierung: Die einen rückten die USA als Aggressor in den Mittelpunkt ihres Engagements, andere konzentrierte sich darauf, den Krieg als Angriff der Ersten auf die Dritte Welt zu sehen, manche solidarisierten sich in erster Linie mit den revolutionären Fraktionen der arabischen Massen, einige thematisierten die besonderen deutschen Interessen in diesem Golfkrieg, die wenigsten sorgten sich um Israel, kaum jemand solidarisierte sich mit dem irakischen Regime.

Bemerkenswert war, mehr als alles andere, die Vehemenz mit der innerhalb und quer durch das liberale und das linke deutsche Lager, über die Positionen zum Golf-Krieg gestritten wurde: Anders als die erste Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß hatte die Friedensbewegung gegen den Golf-Krieg auch im staatskritischen und staatsfeindlichen Spektrum entschiedene GegnerInnen, sie fand aber auch eigentümliche Verbündete. Fast schien es zufällig wer die Militäreinsätze gegen den Irak befürwortete, wer sich gegen sie stellte. Hermann L. Gremliza sah sich unversehens mit Günther Wallraff auf einer Seite, Wolfgang Pohrt stritt mit der "Bild"-Zeitung für den Krieg, der "Euthanasie"-Philosoph Ernst Tugendhat wurde plötzlich im kommunistischen "ak" mit Ehren überhäuft, der kurz zuvor als einer der Väter der westberliner rot-grünen Koalition gelobte Ströbele geriet als Israel-Kritiker ins Visier der "taz" und wurde plötzlich in allerlei linksradikalen Flugschriften und Blättern begeistert zustimmend zitiert.

Sonderbar an dieser Kontroverse war allerdings das Auseinanderklaffen von Anlaß und Argumenten: Statt über den Krieg im Nahen Osten, über die Flächenbombardements dort, die tatsächlichen Toten und die antisemitischen Attacken Husseins stritt man sich in Deutschland untereinander übereinander. Die Scud-Raketen auf Israel lieferten ein gutes Argument im deutschen Zionismus-Streit, die Bomben auf Bagdad boten zuallererst den Anlaß die Integration altlinker Intellektueller ins Establishment schärfstens zu kritisieren (näheres dazu im zweiten Kapitel). Was angesichts der realen Bedrohung Israels durch den mit deutscher Giftgas-Technologie versehenen Irak ein zentrales Thema für die innenpolitische Auseinandersetzung hier gewesen wäre, die Verlängerung der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands, wurde so nur als

Folie gebraucht, auf die man das neue Koordinatenkreuz zur deutschen Identitätsbestimmung aufmalen konnte. Die Ergebnis allerdings überraschte. Was als Ausnahme zu erwarten war, erwies sich als Regel: Wer im Vorjahr seine GegnerInnenchaft zur Wiedervereinigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und der daraus erwachsenden Kontinuität begründet und erste Grundlagen für eine antideutsche Politik entwickelt hatte, ordnete den Golf-Krieg jetzt wie selbstverständlich in das traditionelle Raster des Antimperialismus: Der Imperialismus greift ein unterentwickeltes Land an, wir stehen gegen den Imperialismus. Daß die imperialistische BRD anfangs keineswegs ein militärisches Vorgehen gegen den Irak favorisiert hatte, der Golf-Konflikt also auch von innerimperialistischen Widersprüchen geprägt war, außerdem der Irak mit seinem autoritären Regime, als Ölland und stärkste Militärmacht der Region keineswegs bloß ein "unterentwickeltes Land" ist, irritierte wenig. Ergänzt wurde diese antiimperialistische Sicht auf den Golfkonflikt durch eine, ebenfalls traditionell linke, antizionistische: Das vom Irak erst verbal, dann mit Raketen bedrohte Israel wurde so apodiktisch für nicht "ernsthaft gefährdet" erklärt(dazu mehr im zweiten Kapitel), im übrigen seien die Angriffe auf das Land nur "logische Konsequenz der israelischen Politik", mithin zwar unschön, aber letztenendes doch legitim.

Die bundesdeutschen MeinungsführerInnen dagegen, denen die Restauration Deutschlands kein Problem gewesen war, die sich ohne Rücksicht auf die Meinung und Interessen der Nazi-Opfer an die Seite ihrer Regierung und der mit ihr gemeinsam für Deutschland streitenden parlamentarischen Opposition begeben hatten, erinnerten sich jetzt plötzlich ihrer Geschichtsbücher und daß aus der Geschichte doch zu lernen sei. Sie reklamierten eine besondere deutsche Verantwortung für Israel, dessen Proteste gegen die Wiedervereinigung einem 1990 noch ziemlich schnuppe waren. Erleichtert wurde dieser Kurswechsel erheblich, weil die Erinnerung an die einzigartigen deutschen Verbrechen ja keinen Krieg gegen Deutschland, sondern einen Feldzug gegen den Irak legitimieren sollte. Praktischerweise konnte aus der deutschen Geschichte so einerseits gelernt und diese andererseits gleichzeitig in den Nahen Osten entsorgt werden. Nachdem ohne große Umstände Adolf Hitler nur noch Saddam Hussein Vorgänger war erschien auch der irakische Einmarsch in Kuwait im gleichen Licht, wie der deutsche Überfall auf Polen - und die Appeasement-Politik, die damals gegenüber der europäischen Großmacht falsch war, sollte sich heute gegenüber der arabischen Regionalmacht nicht wiederholen.

Die Friedensbewegung und die linken WiedervereinigungsgegnerInnen, die sich dort eingereicht hatten, kritisierten aber nicht etwa, daß mit dieser Nahost-Variante der Totalitarismus-Theorie die einzigartigen Verbrechen der Deutschen während des Nationalsozialismus relativiert wurden, sie wiesen nicht darauf hin, daß in dem Maße, in dem an Auschwitz erinnert wurde, um die Wehrkraft gegen Saddam Hussein zu steigern, das neue Deutschland als Nachfolgestaat des Dritten Reiches aus dem Blickfeld rückte. Es waren auch nicht friedensbewegte

AutorInnen, sondern der israelische Schriftsteller Amos Oz, der in einem Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", nüchtern feststellte, ein israelischer Vergeltungsschlag müßte sich eher noch als gegen den Irak gegen die deutschen Chemiefirmen, die an Saddam Hussein geliefert haben, richten.

Derlei Konsequenz war aber auch dem Kriegsbefürworter H.M. Enzensberger und den anderen deutschen Intellektuellen, die sich auf die Seite der Kriegspartei USA stellten fremd: Ihnen ging es im Golf-Krieg keineswegs um den deutschen Anteil an der Bedrohung Israels, sie sahen keine Kontinuität der deutschen Wirtschaft und Politik, von der "Endlösung der Judenfrage" während des Nationalsozialismus zum Export deutscher Giftgas-Technologie in den vom Antisemiten Hussein regierten Irak, sie interessierten sich auch wenig für das Fortwirken des Antisemitismus in anderen Gruppen der bundesdeutschen Gesellschaft als der Friedensbewegung. H.M. Enzensberger bekannte sich stattdessen zur Seelenwanderung: Saddam Hussein ist der neue "Feind der Menschheit" und er wirkt im Irak - mit Deutschland hat das nur insofern zu tun, als hierzulande auch einmal, lang, lang ist's her, ein "Feind der Menschheit" wirkte: "Der neue Feind der Menschheit verhält sich nicht anders als sein Vorgänger...Dieses Fortleben beweist, daß wir es nicht mit einer deutschen, nicht mit einer arabischen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun haben." Bruder Eichmann, der Hitler in euch allen... Die Ansprache des "Bellizisten" Enzensbergers an den Rest der Welt befreit die Deutschen von ihrer Geschichte und als Echo klingt es, im schlimmsten aber von den Mit-FriedensfreundInnen unkommentierten Fall, völkisch aus dem Lager der PazifistInnen. Alice Schwarzer kommentiert im April-Heft der "Emma": "Relativ gesehen machen wir Deutschen Fortschritte. Frauen wie Männer. Und das ist der Grund, warum ich in den letzten Wochen zum ersten Mal in meinem Leben stolz war, Deutsche zu sein."

So setzte sich im Verlauf des Golfkrieges und danach im außerparlamentarischen Spektrum fort, was die Jahre 1989 und 1990 von den parlamentarischen Fraktionen und ihrem engeren Umfeld begonnen wurde: Die Restauration Deutschlands wie es zukünftig sein wird. Die Selbstverständlichkeit und das Tempo mit dem sich die deutsche Gesellschaft zur Gemeinschaft formiert, läßt heute als nahezu zwangsläufig erscheinen, was noch 1987 unvorstellbar war.

Der Zug der Geschichte

Damals, im Verlauf des sogenannten Historikerstreits, waren sich die meinungsbildenden deutschen Intellektuellen weitgehend einig, daß die deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus einzigartigen Charakter hatten: Was damals Jürgen Habermas, Hans Ulrich Wehler oder Hans Mommsen in ihren Beiträgen gegen Ernst Nolte und die anderen Geschichtsrevisionisten artikulierten war Konsens nicht nur unter Wissenschaftlern, sondern auch bei oppositionellen PolitikerInnen aus. "Über die historische Dimension des

>Holocaust< zu schreiben und den Eindruck entstehen zu lassen, als sei mit Hitlers Bolschewismus-Bild die Entscheidung darüber gefallen und der Rest terroristisch gehandhabter Zwang reflektiert eine Konstellation...in der eine Verdrängungsperiode folgt, die...die Wirklichkeit der Judenverfolgung in universalistischen Betrachtungen über >Totalitarismus, Völkermord und Massenvertreibung als Signatur des 20.Jahrhunderts< (Hildebrand) verschwinden läßt und die >Scham< über das Geschehene mit dem Hinweis darauf verdeckt, daß jedes Volk nun einmal seinen Hitler gehabt habe und zur Tagesordnung zurückkehren müsse" (Hans Mommsen, Neues Geschichtsbewußtsein, Blätter für dt. und internationale Politik 10/1986, S. 1212f.)

Es entsprach dem damaligen intellektuellen Zeitgeist wenn Hans Ulrich Wehler auf Michael Stürmers Forderung, die "Einheit der Nation" müsse wiederhergestellt werden, spöttisch und ein bisschen süffisant reagierte: "Warum sollen wie deutschen Staaten wieder zusammendriften? Sollte es eine >Einheit< aus den Überresten der Kulturnation sein, die noch über die Staatsgrenzen hinwegreicht? Wieviel >Einheit< schafft denn die wechselseitige Lektüre von Christa Wolf und Heinrich Böll?" (H.U.Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit, S. 37 f. und S. 222)

Der liberale Historiker Immanuel Geiss hatte noch 1988 den Deutschen das nationale Selbstbestimmungsrecht ganz entschieden abgesprochen -und wurde dafür weder besonders gelobt, noch sonderlich schief angesehen. Was er formulierte verstand sich für die regierungskritische Intelligenz von selbst: "Ihre (der Deutschen) vollständige oder annähernde nationalstaatliche Einigung (würde die Deutschen) automatisch zur Hegemonialmacht mit explosiven Folgen für jedes europäische System katapultieren. Nachdem sie aber in unserem Jahrhundert gleich zweimal diesen Mechanismus durchexerziert haben, der die Welt jedes Mal in einen Krieg stürzte, dürfen sie sich auf kein nationalstaatliches Abenteuer mehr einlassen. Sie müssen die Forderung akzeptieren und sich zu eigen machen: keine Wiedervereinigung Deutschlands als neuer Nationalstaat, der als viertes Reich nur eine neue Runde im Karrussell deutscher Machtpolitik eröffnen würde..." (I.Geiss, Die Habermas-Kontroverse, Berlin 1988, S. 172 f. zit n. ak 317, S. 37).

Das war, im Rückblick wird es deutlich, aus dem sicheren Gefühl, daß es schon niemand ernsthaft anders wollen werde, mal eben so hingeschrieben. Als in Leipzig die MontagsdemonstrantInnen ihre volkstümlichen Selbstbeschreibung, "Wir sind....", völkisch umformulierten, "...ein Volk", und Taten sehen wollten, war von den kenntnisreichen Warnungen der Historiker, Politiker und des allzeit kritischen Unterschriftenkartells gegen ein neues Deutschland nicht mehr viel zu lesen und zu hören. Es blieb still, als bald nach der Maueröffnung am 9.November 1989 feststand, daß die Bundesregierung eine Restauration Deutschlands plante und die noch amtierende Regierung der DDR dem nichts entgegenzusetzen würde. Die Bundesregierung war darüber hinaus entschlossen die

Wiedervereinigung ohne ernsthafte Konsultation der Siegermächte des 2. Weltkrieges, der NATO-Staaten und der EG-Mitgliedsländer durchzusetzen. Schon gar nicht waren etwa Anfragen an Israel oder an Polen gedacht - im Gegenteil: Während die erneute Schaffung Groß-Deutschlands vorbereitet wurde, eröffnete Bundeskanzler Kohl eine Debatte über die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Er gab sich schroff und war offensichtlich gewillt Polen, aber auch die USA, die UdSSR, Frankreich und Großbritannien, zu brüskieren. Die von Kohl-Kritikern kritisierte "undiplomatische Art" des Kanzlers entsprang offensichtlich nicht seinem Unvermögen, sondern einem nüchternen Kalkül: Die Wiedervereinigung sollte auch das Ende der Nachkriegsgeschichte markieren. Das neue Deutschland sollte nicht mehr als besiegtes, ehemals nationalsozialistisches Land behandelt werden, sondern als Siegermacht über den Sozialismus. Dementsprechend stolz und selbstbewusst traten die CDU/CSU-Politiker auf.

Nach einer äußerst knappen Phase der Sprachlosigkeit übernahm die parlamentarische Opposition die Zielsetzung der Bundesregierung. Den Anfang machte Willy Brandt, der wenigstens auf einschlägige eigene Ansichten aus Berliner Tagen zurückgreifen konnte. "Jetzt wächst zusammen was zusammengehört" - Natur und Nation gingen in diesen Wochen 1989 die befürchtete enge Bindung ein. "Es war ein Sozialdemokrat der der deutschen Revolution des Jahres 1989 die Worte gab, in denen sie sich selbst begriff" rühmte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und schon gab Willy Brandt mit seiner Erkenntnis auf dem SPD-Bundesparteitag verbreiteten Erkenntnis, "Schuld kann nicht durch verordnete Spaltung getilgt werden" das nächste Stichwort für die Weiterführung der Debatte. Zu diesem Zeitpunkt saßen auch die vormals SPD-PolitikerInnen, die noch im Herbst 1989 kritisch über eine Einigung dachten, längst in den Parteibüros und brüteten Wahlkampfstrategien für die DDR-Länder aus. "Wir sind das glücklichste Volk der Welt" verkündete der Berliner Bürgermeister Walter Momper, als am Jahrestag der Reichspogromnacht 1989 die Mauer fiel. In der "Zeit", dem Kampfblatt von Jürgen Habermas gegen die revisionistischen Historiker des Jahres 1987, wurden ein knappes halbes Jahr später Intellektuelle, kritische selbstredend, gefragt, wie ihnen denn der 9. November als gesamtdeutscher Feiertag gefallen würde. Ein einziger verwahrt sich entschieden gegen diese sonst mit netten kritischen oder netten zustimmenden Beiträgen bedachte Idee: "Die Tatsache allein, daß ein solcher Vorschlag als ernsthafte Möglichkeit erwogen wird, empfinde ich als ein Alarmzeichen" konstatierte Heinz Galinski, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Überaus eilig war die vormals selbstverständlich nationalstaatskritische Opposition auf den Zug aufgesprungen, dessen Abfahrt sie bereits konstatierten worden war, bevor überhaupt Gleis dafür gefunden worden war. Als gälte es ausgerechnet jetzt, von Lenin zu lernen, lösten diese deutschen Evolutionäre keine Bahnsteigkarten, sondern stürmten gleich den Bahnhof: Nur keinen Anschluß verpassen, bloß nicht zurückbleiben, wenn alle irgendwo hindrängen.

Und auch die anderen hatten sich, je nach Temperament vielleicht ein bisschen unsicher und bedrückt, aber sicher auch ein bisschen stolz auf den Weg gemacht: Die grünen Abgeordneten und vielleicht noch ein paar der SPD standen in der späten Nacht des neunten November im Wasserwerk, in dem der Deutsche Bundestag tagte, auf, um dort hand aufs Herz gemeinsam und einträchtig, zum interfraktionellen Gesamtdeutschwerk vereint, das Deutschlandlied zu singen - wie zuletzt am 17. Mai 1933 nach der außenpolitischen Erklärung des Führers geschehen.

Noch klangen die Stimmen entschlossener als die Beschlüsse, noch waren die Grünen gegen die Wiedervereinigung. Kein Viertel Jahr später war's mit der Polyphonie vorbei: Am 18. Februar 1991 verabschiedete sich der Bundeshauptausschuss ohne großes Aufhebens darum zu machen vom, wie es nun mehr hieß, "Beharren auf die Zweistaatlichkeit". Man will ja nicht bockig sein. "Der konföderative Weg - Vorschlag für eine aktualisierte deutschlandpolitische Position der Grünen": "Die Grünen haben sich mit guten Gründen gegen eine Wiedervereinigung als Anschluss der DDR an die BRD ausgesprochen. Dabei bleiben wir" Aber? Sie waren ja nur gegen die Form des Anschlusses. In dieser, mittlerweile gut eingeübten politischen Sprechtechnik, erscheint die Bereitschaft sich mit der Wiedervereinigung abzufinden als konsequente Fortschreibung der bisherigen Gegnerschaft. Irgendwie scheint aber doch etwas passiert zu sein, denn: "Wir nehmen zur Kenntnis...". Udo Knapp, damals Bonner Fraktionsmitarbeiter und enfant terrible der Realos, drückt sich deutlicher aus: "Die DDRler...wollen die Vereinigung - wir wollen sie mit guten Argumenten nicht. Jetzt müssen wir damit leben - basta!". Ende März auf dem Bundesparteitag der Grünen unterstützten auch damals noch in der Partei aktive Linke wie Jürgen Reents, Verena Krieger und Jan Kuhnert eine Vorlage in der es hieß: "Wir Grünen sind in der Bundesrepublik die einzige politische Kraft, die sich dem Wiedererstarken des deutschen Nationalismus kompromisslos in den Weg stellen wird". Dem imposanten Anlauf folgte ein Kurzsprung: "Eine Politik, die nur auf Wiedervereinigung zielt oder kategorisch auf der Zweistaatlichkeit beharrt, lehnen wir ab."

Wiedervereinigung mit ein bisschen Ökologie - das könnte gebongt sein, kompromisslos Zweistaatlichkeit - das geht denn doch zu weit. Wenn man bedenkt welche Dramen es seinerzeit gegeben hatte, bevor vergleichsweise harmlose Entscheidungen wie für Giftmülltransporte in die DDR, die Tolerierung eines SPD-Senats oder die Koalition in Hessen durchgesetzt wurden, kann man sich nur wundern, wie einmütig und schnell eine Orientierung durchgesetzt werden konnte, die auf Wiedervereinigung zielte, aber... (jetzt kommt die subversive Note) nicht nur auf Wiedervereinigung. Offenbar handelte es sich wirklich nur um eine Aktualisierung.

Wir nehmen zur Kenntnis. Bevor die Grünen sich kurz beugten um dann mitzumachen war das Ritual der Realpolitik schon tausendfach vorexerziert worden. Willy Brandt gab einen Anstoß, Lafontaine,

Galinski, Modrow, Gysi, das Neue Forum, die Vereinigte Linke - alle nahmen zur Kenntnis. Die Wiedervereinigung ist unvermeidlich mag dabei auch herauskommen, was niemand gewollt hat. Mit einem historischen Prozeß nicht mitzukommen, ist ein abschreckender Gedanke, denn wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte. Und die Historiker, die keine drei Jahre war's her, ihren großen Streit gegen die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen gewonnen zu haben glaubten, schwiegen, jetzt wo's drauf angekommen wäre, stille. Kein Wort von Immanuel Geiss, keine scharfe Polemik von Hans Ulrich Wehler. Dann lieber die Geschichte strafen: Den Nationalsozialismus vergessen, damit Deutschland sich wieder vereinigen kann.

"Die Frage der Moral tauchte erst mit dem Phänomen der Gleichschaltung auf. Die Gleichschaltung war keine von der Angst genährte Heuchelei, sondern der früh an den Tag gelegte Eifer, ja nicht den Zug der Geschichte zu verpassen." erinnert sich Hannah Arendt in einem 1964 gehaltenen Vortrag über die "Persönliche Verantwortung unter der Diktatur" und bezeichnet den "völligen Zusammenbruch des persönlichen Urteilsvermögens als eine Art Generalprobe für den völligen Zusammenbruch dieser Gesellschaft": "Über Nacht wandelten sich sozusagen völlig aufrichtig die Ansichten, ein Wandel, von dem die große Mehrheit, quer durch alle Schichten und Berufe erfasst wurde und welcher damals einherging mit einer unglaublichen Leichtigkeit mit der lebenslange Freundschaften aufgekündigt und abgebrochen wurden. Kurz gesagt: Was uns verstörte, war nicht das Verhalten unserer Feinde, sondern das Verhalten unserer Freunde, und dabei hatten diese nichts dazu getan, daß alles so war, wie es war: sie waren nicht verantwortlich für die Nazis, sie waren nur von deren Erfolg beeindruckt, und sie waren unfähig ihr eigenes Urteil gegen den, wie sie es sahen, Urteilsspruch der Geschichte zu setzen." (zit. n. KONKRET 6/91, S.37).

Und was machten die Fraktionen der Linken, während die Intellektuellen, die mindestens ein Jahrzehnt zuvor darauf verzichteten hatten, die bundesdeutsche Gesellschaft revolutionieren zu wollen, sich den restaurativen Zeitgeist zu eigen machten? Daß sie nicht die Kraft haben würden, zu verhindern, was die parlamentarischen Parteien ins Werk setzten war zu befürchten - ein Blick in den Verfassungsschutzbericht und auf die TeilnehmerInnen-Zahlen der "großen" Demonstrationen genügte -, ihnen aber gleichzeitig nicht anzulasten. Als marginaler politischer Kraft sollte ihnen immerhin der Verzicht auf jede Form von vermeintlicher Realpolitik nicht schwer fallen und wenn schon sonst nichts möglich war, ein kompromißloses "Nein!" würde zeigen, daß die Folgen der Wiedervereinigung absehbar waren.

Einige kleine linke Gruppen führten die Hoffnung auf ein vereinigtes sozialistisches Deutschland allerdings schon lange in ihren Parteiprogrammen und Köpfen: Was sollten sie sich also aufregen, wenn jetzt der erste Schritt ohne ihr Zutun getan wurde? So rückten bestenfalls die Modalitäten der "Annexion" ins Zentrum der Propaganda. Teile der Autonomen sahen das anders: "Gegen

Großdeutschland" wurde problemlos in den Parolenkatalog aufgenommen, die "Nie wieder Deutschland"-Kampagne lehnten diese, wahrscheinlich vom Erfolg der jährlichen "Revolutionären 1.Mai-Demo" in Kreuzberg verwöhnten Kräfte "jedoch auf Grundlage tatsächlich existierender Verhältnisse (als) eine eher hilflose Geste" ab. "Der absehbare Anschluß der DDR an das Gesellschaftssystem der BRD ratifiziert ohnehin nur das, was derzeit an sich permanent verstärkenden ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen besteht" konstatierte der Autor der ersten Geschichte der Autonomen "Geronimo" im Jargon der "Tagesschau" gelassen. Was ändert schon ein Staatsvertrag? Und daß in einem Gesellschaftssystem nicht nur die ökonomische Sphäre Brisanz gewinnen kann - was schert das einen, der meint, daß sich Abhängigkeitsverhältnisse selbst verstärken und ein Anschluß als geschichtliches Subjekt was auch immer ratifizieren? So läßt es sich, umstellt von abstrakten Mächten und fern von verantwortlich handelnden Menschen, gut weitermachen wie bisher - irgendwie wird schon alles beim kapitalistischen alten bleiben.

KommunistInnen z.B. aus dem KB konnten sich auf ihre Tradition berufen, und so vor allem erst mal das uneingeschränkte "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" unterstützen: "Die Theorie der beschränkten Souveränität steht...in einem totalen Gegensatz zu den Aufgaben, die sich uns als deutschen Linken und Antiimperialisten heute stellen, insbesondere zur Verteidigung der Souveränität" verklausulierte ein Mitglied des Leitenden Gremiums im ak (ak 314 S.19) was viele dachten. Da man die Deutschen vor allen Dingen, wie sich schon zu Zeiten der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß gezeigt hatte, durch einen Appell an ihre nationalen Gefühle begeistern konnte, wollte man auch jetzt diese vermeintliche Chance die die Wiedervereinigung für die eigenen Anliegen bieten könnte nicht gefährden: Das Mitgliederpotential der PDS, die Kräfte des Neuen Forums, die bald schon vom DM-Kapitalismus-Enttäuschten - die Liste derer, die zukünftig die marginalisierte Linke in der BRD verstärken sollten wurde schnell lang und länger, die Aufzählung der zu erwartenden Erfolge wurde allerdings im gleichen Atemzug immer kürzer: Statt eine neue Phase der Opposition gegen den deutschen Staat einleiten zu können hoffte man bald nur noch zu verhindern, daß alles noch schlimmer werde.

Folgerichtig schien den Linken aus der KB-Mehrheit, dem BWK, den Erneuerern, den Ex-Erneuerern etcpp. das antinationale Engagement von einer handvoll Gruppen und Individuen in der Restaurationszeit 1989/90 überaus schädlich und verwerflich. Es wird ihnen über das Scheitern ihrer eigenen Hoffnungen hinweggeholfen haben, daß auch das "Nie wieder Deutschland"-Engagement den Reichstagswahlabend kaum überdauerte. Pünktlich zum Jahreswechsel 1990/91 wurden die antideutschen Aktivitäten des Vorjahres, von einigen die an ihnen beteiligt waren, einer sorgenvollen Kritik unterzogen. Im ak 326 z.B. bilanzierten "mir. und mar." ein Jahr ">Nie wieder Deutschland<-Politik der Radikalen Linken": "Antideutsch und exklusiv". Fast gleichzeitig beendete die "autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe/Rhein-Main ihre Arbeit an einem Manuskript: "Doitsch-Stunde -Anleitung zur

Spurensicherung". Die beiden, ansonsten ganz unterschiedlich konzipierten und argumentierenden Texte, waren sich doch in einem einig: Bei aller Sympathie, die Politik des "Nie wieder Deutschland", wie sie sich in der "Wahlboykott"-Kampagne, in der Warnung vor dem "4.Reich" und in einer auf den Nationalismus im neuen Deutschland konzentrierten Kritik, niedergeschlagen hatte, erschien obsolet.

"Manche unserer Prognosen aus dem letzten Winter treffen heute nicht genau zu" konstatierten sie, weder erreiche der "Rassismus von oben" eine neue Qualität, habe der "regierungsamtliche Nationalismus von oben" die befürchteten Formen angenommen, "Assoziationen zum Nazifaschismus" herzustellen sei deswegen unangebracht und bewirke eher dessen Verharmlosung. "Vor einem Jahr" brachten die ak-Autorinnen ihre Kritik auf den Begriff, "war die Synthese aller Übel in der Parole >Nie wieder Deutschland< richtig. Heute müssen wir sie wieder in ihre Einzelteile zerlegen..." (ak 326 S.34). Die L.U.P.U.S.-Gruppe beharrt ebenfalls engagiert darauf, daß die Benennung des neuen Deutschlands als viertes Reich in die falsche Richtung weise.

"Die Fortschreibung deutscher Geschichte aufs 4.Reich ist keine Frage unterschiedlicher Gewichtung oder verschiedener Maßstäbe.

>Deutschland denken heißt Auschwitz denken< ist die Zwischenüberschrift eines Flugblatts zum 3. Oktober 1990 aus dem Radikale Linke-Spektrum. Mit dieser Gleichung bringen wir 40 Jahre BRD-Geschichte und -kämpfe zum Schweigen. Und das ist ganz und gar nicht zufällig: auf dieses Nachkriegsdeutschland haben wir weitaus weniger Antworten, als auf seine faschistische Vergangenheit. Mit dem schnellen Griff zum Brandzeichen >faschistisch< entgehen wir allzuoft der mühsamen Anstrengung, unsern Widerstand aus der eigenen Geschichte, aus den Erfahrungen anderer Kämpfe zu entwickeln." (zit. nach Schwarzer Faden Nr. 2/91, S.40).

Ausgerechnet in den Wochen des Golfkriegs, in denen die Geschichtsrevisionisten in Deutschland ihren größten Zulauf erhielten und selbstbewußt zurück in die Zukunft blickten, debattierte die kurzzeitig antideutsche Linke dann nur noch ob die "Nie wieder Deutschland"-Kampagne beendet oder gescheitert sei.

"Ich denke, die NWD Kampagne war ein Erfolg, sie hat Dämme im linken Lager errichtet, auf die wir bauen können. Wie wenig uns antideutsch und NWD nach der Vereinigung genützt haben, zeigte der Golfkrieg." bilanzierte halbwegs zufrieden, aber jetzt neugierig auf Neues, "woffi" im ak 331 das Engagement des letzten Jahres. Winfried Wolf, ebenfalls längere Zeit Befürworter der "Nie wieder Deutschland"-Orientierung, wirkte nachträglich, nach der Niederlage des Irak, insgesamt unzufrieden mit "antideutsch": Die Hierarchie der großen und der kleinen Übel, der Haupt- und Nebenfeinde, darf auf keinen Fall durcheinander geraten. Genau dazu hat das antinationale Kommentarentum von Hermann L. Gremliza und Jan-Philip

¹Am 3.Oktober fand die zweite bundesweite Demonstration gegen die Wiedervereinigung in Berlin statt, zu der im wesentlichen Gruppen aus dem Spektrum der RL mobilisiert hatten.

Reemtsma aber geführt: "Als das größte Übel wird >Deutschland< erklärt, demgegenüber der US-Imperialismus zum kleineren Übel wird, dessen Verbrechen unter gewissen Umständen hintanzustellen sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn Israel ins Spiel kommt...." (KONKRET 6/91, S. 27).

"Die antinationale Orientierung, die ein Teil der Linken gegen die Wiedervereinigung vorgenommen hat, hat im Golfkrieg einen Knacks bekommen, obwohl ihre strategische Relevanz für die Politikentwicklung bereits vorher in die Krise geraten war. >Nie wieder Deutschland< taugte zur Agitation gegen den Vereinigungsprozeß und zur Schärfung des Bewußtseins gegenüber der deutschen Geschichte. Als Theorieersatz ist die Formel untauglich Konflikte wie den Golfkrieg zu erklären", bilanziert "Heiner", der in der Redaktion der "Nie wieder Deutschland"i wesentlich mitgearbeitet hatte, im Juli im ak. Nicht die Restauration Deutschlands an sich, der Vereinigungsprozeß, sollte also kritisiert werden. "Nie wieder Deutschland" wäre demnach nur die etwas radikaler formulierte Kritik an den Modalitäten, am Tempo und den Bedingungen der Wiederherstellung Deutschlands gewesen - das erklärt, wieso nach Abschluß des Prozeßes tatsächlich die Agitation zum Stillstand kam, statt jetzt, da die prognostizierten Folgen zu bekämpfen wären, forciert zu werden. Das geschärfte Bewußtsein reagiert nun zwar sensibel auf die deutsche Geschichte, die Gegenwart möchte es aber nach wie vor lieber formelhaft erklärt haben - und weil "Nie wieder Deutschland" zweifellos nichts über den Golfkrieg aussagt: weg damit.

Leider führt Heiner nicht aus, wie sich die Krise zum Knacks zugespitzt hat und welche Strategie die Formel, die als Theorieersatz nichts taugt, einstmals begründet hat. Zu befürchten ist: keine. Es war bloß Taktik und die Parole wurde wirklich als Formel behandelt und nicht als Ausdruck einer neuen Orientierung. "Nie wieder Deutschland" sollte den Golfkrieg genauso wenig erklären, wie "Ami go home" oder "hoch die internationale Solidarität". Es hätte aber Ausgangspunkt für eine Bewegung sein können, die versucht den besonderen Interessen des deutschen Imperialismus, dem Ressentiment, das die Haltung der BRD-Gesellschaft zum Krieg prägte, und seinen möglichen Konsequenzen auf die Spur zu kommen, das bisschen Einfluß zu nehmen, das die Linke noch zu nehmen in der Lage sein könnte. Sich mit Deutschland zu beschäftigen, während am Golf die Menschen starben, hätte nicht in nationalen Narzißmus ausarten müssen. Es wäre sinnvoll gewesen, weil zum Einen mit dem deutsch-irakischen Giftgasgeschäft die nationalsozialistische Geschichte fortgeschrieben wurde, zum Anderen, weil der Golfkrieg für die Regierung und ihre Opposition, die politischen Leitartikler und die Friedensforscher die günstige Gelegenheit bot, sich darüber zu verständigen, wie (nicht ob) der weltpolitische Einfluß des neuen Deutschlands am erfolgversprechendsten zu mehren wäre, wo seine Truppen künftig einzusetzen seien, wo besser nur ökonomisch Einfluß genommen würde, in welchen Fällen das Terrain anderen überlassen werden müßte. In der Phase, in der Deutschland begann, zu sich selbst zu finden, hatte die Linke schon das Interesse daran verloren, das, was

sie im letzten Jahr begonnen hatten, zu einem Neuanfang weiterzuentwickeln.

Restauration, Kritik und Kritik der Kritik

Die Überreste der Formation "die Linke" befanden sich schon lange vor der Wiedervereinigung in einer langanhaltenden Phase der Stagnation. So dauerte es Monate, bis sich in der BRD selber eine Opposition gegen die Wiedervereinigung formierte. Immerhin: Auf Initiative von Einzelpersonen, der Radikalen Linken und der KB-Minderheit und unterstützt von mehr als 120 Organisationen und Gruppen wurde für den 12. Mai 1990 nach Frankfurt a.M. zur "Demonstration gegen deutschen Nationalismus, Kolonialisierung Osteuropas und die Annexion der DDR" mobilisiert. Der Aufruf argumentierte widersprüchlich: Zum einen stellte er fest, daß "Beschwichtigungen, ein Viertes Reich sei nicht geplant, wirklichkeitsfremd (sind), werden >Reiche< heute doch weniger durch Einsatz von Armeen als durch Kontrolle des Weltmarkts gebaut. Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich." Zum anderen wurde aber parallel dazu die kompromißlose Ablehnung der Wiedervereinigung, durch eine Polemik gegen ihre Form, die "Annexion" der DDR abgeschwächt: "Sie nennen es >Selbstbestimmung der Deutschen< und meinen die Einverleibung der DDR gemäß Artikel 23 eines Grundgesetzes, das immerhin auch eine Notstandsgesetzgebung enthält... Welche Selbstbestimmung bringt die Wiedervereinigung den Menschen in der DDR? Es ist die Selbstbestimmung zu Erwerbslosigkeit, Armut und weiterer Umweltzerstörung". Wir wollen euch, lautet die Botschaft der linken Deutschen an die Deutschen, nur etwas nehmen, was euch sowieso nur Erwerbslosigkeit, Armut und weitere Umweltzerstörung beschert - dabei wird ausgeblendet, daß sich das mittelfristig durchaus noch ändern kann, daß es darum aber überhaupt nicht geht.

Der Nationalsozialismus verbesserte in Deutschland durchaus die materielle Lage vieler Arbeitsloser, mancher SA- und SS-Männer, der zahllosen Mitläufer und der Profiteure der Arisierung. Das nationalsozialistische Regime, so Deutschland den Krieg gewonnen hätte, hätte diesen Wohlstand durch Verbrechen sicherlich noch vermehrt.

"Daß das Versprechen auf Selbstbestimmung eine Lüge ist" fährt der Aufruf fort, "zeigt sich schon daran welche Politik der DDR Tag für Tag diktiert wird". Die linksradikale Provokation verwandelt sich in paternalistische Volkstümmlichkeit: Was der Verweis auf den Nationalsozialismus nicht leistet, soll durch einen Appell ans eigene Portemonnaie erreicht werden. Die Menschen in der DDR, die sich unübersehbar deutlich für Deutschland entschieden haben, die auf ihren Montagsdemonstrationen in Leipzig schwarzrotgoldene Fahnen schwenken, denen Übergriffe gegen AusländerInnen kein Problem sind, die in Massen in die Bundesrepublik übersiedeln und die, wenige

Wochen später in überwältigender Mehrheit für die CDU stimmen werden, erscheinen in dieser Argumentation wieder als Verführte und Betrogene.

So richtig es war festzustellen, daß die Bundesregierung tatsächlich zu diesem Zeitpunkt Tempo und Richtung der Restauration bestimmt, so schematisch und falsch (und außerdem agitatorisch wirkungslos) war es, "die DDR" und ihre Bevölkerung deswegen als bloße Diktatempfänger zu bezeichnen. So wurde unterschlagen, daß die Wiedervereinigung von allen relevanten gesellschaftlichen Kräften in Deutschland gewollt war und daß von Anfang an starke Impulse dafür von der Opposition in der DDR ausgegangen sind. Heute fühlen sich zwar wieder Millionen Menschen in der ehemaligen DDR betrogen - auch das führt aber keineswegs zu einem emanzipatorischen Bewußtsein, oder auch nur zur Kritik der eigenen Fehler: Verantwortlich für das eigene Elend sind schließlich die anderen, die SED, die PDS und vor allem die Stasi-Seilschaften...

Bemerkenswert war nicht der Widerspruch, sondern die fast völlige Übereinstimmung von "Herrschenden" und "Beherrschten" - Begriffe, die im Übrigen einen Gegensatz behaupten, der gerade in der deutschen Geschichte immer wieder leicht aufgelöst werden konnte. Die deutsche Volksgemeinschaft war zwar auch ein ideologisches Konstrukt der nationalsozialistischen Führungsschicht (und ihrer Unterstützer in der Industrie und Reichswehr), sie war es aber nicht nur - ihr eine materielle Basis zu verschaffen war eines der über die Jahre und durch den zweiten Weltkrieg hindurch erfolgreich betriebenen Anliegen der Nationalsozialisten, das ihnen auch eine Massenbasis sicherte und dessen Folgen bis heute die deutsche Gesellschaft strukturieren. Die Zerschlagung der Gewerkschaften und der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien und Organisationen durch die Nationalsozialisten verbunden mit ihren gern wahrgenommenen Integrationsangeboten an die deutschen ArbeiterInnen haben die Voraussetzungen für linke Politik in Deutschland prinzipiell und dauerhaft verändert. In der linken Diskussion wurde aber nicht das, sondern fast ausschließlich die institutionellen, die durch die Repression der Nationalsozialisten bewirkten langandauernden Folgen bzw. Kontinuitäten des Regimes beklagt.

Charakteristisch für diese Sichtweise, in der "das Volk" nicht aus verantwortlich handelnden Subjekten besteht, sondern aus Objekten, die den Planungen des militärisch-industriell-politischen Komplexes ausgesetzt sind, in der die Unterdrückten immer die Arbeiter sind, und Deutschland immer nur ein gewöhnlicher kapitalistischer Staat ist, ist ein Text wie "Die Linke zwischen >nationalem Taumel< und geistigem Rauschen" in der "Beilage vom 28. September 1990. Hamburger RätekommunistInnen kritisieren darin die Sentenz "Deutschland denken, heiß Auschwitz denken": " (Es liegt) doch nahe, der >Wiedervereinigung< anders beizukommen, als mit der berechtigten Angst um ein neues Auschwitz: Der Mensch, den der Faschismus in den Konzentrationslagern vernichtete, war derselbe, dem er vorher

seine Arbeitsrechte nahm, dem er sein Klassenbewußtsein nahm, dem der Kapitalismus schon immer seine Arbeitskraft raubte. Derselbe Mensch, der nach 1945 der Kollektivschuld angeklagt wurde, mit der sich das Kapital freisprach, der Mensch, den man hüben wie drüben um seine politischen Rechte betrog". Noch krasser stellt die "wildcat" in ihrer Sichtung des "Arbeiterkampf in Deutschland" die Verhältnisse als gegen die deutsche Arbeiterklasse organisiert dar: "Naziherrschaft und 2. Weltkrieg entfalteten einen ungeheuren Terror: amerikanische und englische Flugzeuge bombardierten systematisch die Arbeiterviertel. Die Siegermächte teilten schließlich 1949 die Arbeiterklasse in Deutschland auf zwei separate Staaten auf, die in der Vergangenheit stärksten Pole - Ruhrgebiet und Mitteldeutschland wurden voneinander getrennt." (wildcat 56, S.3).

Die Arbeiterklasse scheint in dieser Sicht als emanzipatorisch aus sich selbst heraus, ihre Niederlagen sind bestenfalls verschwörungstheoretisch zu fassen. Rassistisch auftretenden ArbeiterInnen ist, wie dem hilflosen Rentner von einem Trickdieb die letzten Ersparnisse, "das Klassenbewußtsein genommen": Ob er es jemals hatte, wie genau es beschaffen ist, wie es sich zu seinem Bewußtsein Deutscher, Arier, Nichtbehinderter, Mann zu sein verhält - bestenfalls Nebensache, schlimmstenfalls: Ablenkung. Die Niederschlagung des Nationalsozialismus und ihre Folgen wirken so gesehen als besondere Niedertracht: Den "Bombenterror" der Alliierten auf deutsche Arbeiterviertel zu beklagen, ohne auch nur eine Silbe darüber zu verlieren, auf welchem Weg diese deutschen ArbeiterInnen sich 1941ff. befanden, was sie taten, ohne zu bemerken, daß es vor allem einen Terror in den Konzentrationslagern gab, deren Häftlinge keineswegs vor allem aus der deutschen Arbeiterschaft kamen, sondern Juden waren, bürgerliche, kleinbürgerliche, proletarische, reiche und arme, ist ein wahrlich national-revolutionäres Unterfangen, an das sich hier allerdings Autonome gemacht haben. Die Kollektivschuld-These, als besonders raffiniertes Mittel der Herrschenden im Klassenkampf zu bewerten und keine Erinnerung daran zu verschwenden, daß nun gerade die Konservativen und die deutsche Justiz gegen diese "Kollektivschuld-These" Front gemacht haben so energisch sie konnten, ihr die Einzeltäter-These entgegengehalten haben, zeugt von einer ziemlich verschrobenern, leider aber keineswegs besonders seltenen Sichtweise auf die nationalsozialistische und postfaschistische deutsche Vergangenheit. So skurril und weltfremd diese Positionen wirken mögen, liest man sie in gedruckter Form, so verbreitet sind sie in den linken Diskussionen am Stammtisch und ums Podium. Kaum etwas wurde der antideutschen Orientierung in diesen Monaten so oft vorgehalten, wie daß sie den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ignorierten. Daß dieser Widerstand gerade in Deutschland (anders als z.B. in Italien, Frankreich, Holland, Dänemark oder Griechenland) marginal war, zwar auch von organisierten und unorganisierten KommunistInnen, AnarchistInnen, SozialdemokratInnen geleistet wurde, aber zu erheblichen Teilen auch von Jüdinnen und Juden, von Militärs und Kirchen provozierte regelmäßig heftige Debatten, deren

Ende oft der Verweis auf den von den US-Amerikanern begangenen "Holocaust an den Indianern" war.

Die Bereitschaft, den Nationalsozialismus als etwas bis jetzt einzigartiges zu begreifen, sich seiner Besonderheiten, die sich eben nicht gegen eine unterdrückte Klasse richten, sondern gegen vergleichsweise willkürlich definierte (und definierbare) "andere", ist in den Gruppen und Fraktionen der bundesdeutschen Linken genauso wenig ausgeprägt, wie in anderen Spektren der Gesellschaft. Es gibt Ausnahmen. Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe/Rhein-Main hat Ende Juni 1991 einen Diskussionsbeitrag zum Golf-Krieg, "Die Maskenbildner des Krieges" vorgelegt, der auch die linke Diskussion über das Verhältnis von "Volk" und Faschismus kritisiertiv.

Dem Determinismus, der aus der Klassenlage wie selbstverständlich das Vorhandensein emanzipatorischen Bewußtseins ableitet wird eine klare und schroffe Absage erteilt, die ArbeiterInnen und Arbeiter, die in SA-Bataillonen marschieren, auf Parteitag der NSDAP reden oder sich durch Denunziation einen kleinen Extraprofit sichern, bekommen dennoch im Resumee einen Unterdrückten-Bonus zugesprochen, erscheinen nur als "Teilnehmer" an einer von der herrschenden Klasse organisierten Veranstaltung. Vor der Vorstellung, daß die sich selbst zum Mob organisierenden Menschen auf der Straße nicht einem Ruf gefolgt sind, sondern ihre gewalttätigen Impulse und die terroristischen Vorstellungen nationalsozialistischer Politiker ineinandergriffen, sich gegenseitig vorangetrieben und einander bedingt haben, schrecken sie unausgesprochen zurück: "Wenn jemand Hitler und dem Nationalsozialismus den Weg geebnet hat, dann zuallererst die politischen, ökonomischen und militärischen Repräsentanten der Weimarer Republik. Nach dem Ende des 1. imperialen Krieges 1918 rief das >Volk< nicht nach dem Führer, sondern nach radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, nach einem Bruch mit dem kapitalistischen System... Wenn man sich nur stichpunktartig die ganze Breite der >demokratischen< repression vergegenwärtigt, die mit den Kämpfen der in den 20er und Anfang 30er Jahren einherging - die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das Blutbad an den Aufständischen in Berlin auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Noske...den Blutmai 1929 in Berlin...dann versteht man vielleicht die ganze Verachtung gegenüber diesem Widerstand, die unausgesprochen im folgenden zum Ausdruck kommt: >Was die Deutschen begeisterte war nicht allein die Lizenz zum Töten, sondern mehr noch die Aussicht darauf, selbst getötet zu werden. Ebenso inbrünstig äußern heute Millionen von Arabern den Wunsch für Saddam Hussein zu sterben.< (H.M.Enzensberger im Spiegel)."

Von Enzensbergers vulgärpsychologischer Verklärung des Nationalsozialismus soll hier nicht weiter die Rede sein (dazu s.2.Kapitel). Aber L.U.P.U.S. setzt ihm mit seinem Versuch, die deutsche Bevölkerung, dann doch wieder zu gescheiterten RevolutionärInnen zu stilisieren, ein falsches Argument entgegen.

Der revolutionäre Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse und gegen den sozialdemokratischen Versuch, sie wenigstens im Kern zu retten, wurde 1918 nicht vom deutschen Volk und nicht vom deutschen "Volk" getragen - ein Grund für das Scheitern der November-Revolution war im Gegenteil, daß der revolutionäre Funke, der von einer, zwar sehr viel größeren als heute, letztenendes aber doch relativ kleinen Fraktion kommunistischer und unorganisierter linksradikaler ArbeiterInnen und Intellektueller geschlagen wurde, eben keinen Steppenbrand entfachte, sondern nur vereinzelt lodernde, viel zu leicht zu löschende Feuer. Die Repression der Weimarer Republik, die sich in aller Schärfe vor allem gegen KommunistInnen richtete, wurde schon frühzeitig flankiert und verstärkt vom Straßenterror erst der Freikorps, später dann nazistischer Schlägertrupps: Hier machten sich nicht "Teilnehmer" ans Werk, sondern Protagonisten und sie erwiesen sich als mindestens so effektiv, ihr Kampf gegen die antifaschistische Linke war ebenso folgenreich, wie der von Noskes Polizeitruppen.

Die politischen und ökonomischen Bedingungen für die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland sind ohne die Interessenpolitik von Teilen des Industriekapitals, des Militärs und der konservativen politischen Klasse nicht vorstellbar - ihre Verantwortung, ihre zunehmende Verflechtung mit dem Regime und der herausragende Nutzen, den sie daraus bis in die Gegenwart gezogen haben, ist durch nichts zu relativieren. Ohne die Massenbasis, die die NSDAP aber seit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland bis weit in die Industriearbeiterschaft hinein hatte, ist das Dritte Reich ebenso wenig vorstellbar. Der besondere Terror während des Nationalsozialismus, seine verbrecherische Vernichtungspolitik läßt sich noch weniger nach dem dualistischen Muster, hier die reichen Herrschenden, da die armen Beherrschten, erklären. Die besondere Tragödie der Linken in der Endphase des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, daß viele aus der Klasse, die sie für reif hielten eine sozialistische Revolution zu erkämpfen, sich für das Gegenteil schlugen, daß sie sich fürs Ressentiment und gegen die Freiheit entschieden, läßt sich nicht durch eine Etablierung von Verantwortlichkeiten erster und zweiter Klasse verdecken.

"mir. und mar." formulieren eine zwar unentschlossen wirkende, in ihrer Konsequenz dann aber eindeutige Kritik an der antinationalen Orientierung. Zwar kritisieren sie ausdrücklich an der bisherigen kommunistischen Theoriebildung, daß "Widersprüche wie Rassismus, Antisemitismus sowie Sexismus dem Klassenwiderspruch (untergeordnet werden)" - sie finden die antinationale Argumentation aber dennoch problematisch: "Im verengten antinationalen Blickfeld wird ein Jahrhundert marxistischer Gesellschaftsanalyse kurzerhand über den Haufen geworfen - hier wird selbst der Klassenkampf zum Nebenwiderspruch erklärt. Das >antideutsche< Credo ersetzt die genaue Analyse und wird zu einzigen Maßstab, an dem die Realität gemessen wird. Der monetaristische Kahlschlag gegen die realsozialistische Wirtschaft gehört auch zu den Aggressionen

Großdeutschlands. Ist das Interesse der RL daran deshalb so gering, weil die >Zonis< pauschal in die Kategorie >nationalistisch< fallen?".

Richtig ist das Gegenteil: Basis einer antinationalen Orientierung sind Aussagen über die sozialen Verhältnisse und Entwicklungen in Deutschland, Ziel ist es, die lange Tradition linker ökonomistischer durch eine Gesellschaftsanalyse zu durchbrechen - was allerdings zur Folge hat, daß die in der Linken nach wie vor so beliebten dualen Gliederungsschemata von Haupt- und Nebenwiderspruch, von Basis und Überbau, von Herrschern und Beherrschten über Bord geworfen werden. Der Klassenkampf wird also nicht zum Nebenwiderspruch erklärt, er wird aber auch nicht als etwas den Kriterien der aus antinationalen Interesse heraus untersuchenden Analyse Entrücktes verstanden. Daß es ihn in Deutschland nicht gibt, ist im Gegenteil ohne eine Untersuchung des Nationalsozialismus und seiner erfolgreichen, Terror und Zwang mit Individualisierung, ökonomischen Anreizen und ideologischer Aufwertung verbindenden Arbeiterpolitik nicht zu erklären. Und selbst der "monetaristische Kahlschlag", der uns allerdings von anderen Aggressionen Großdeutschlands vor allem gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge verschieden zu sein scheint, führt bislang ja nicht zu den erwarteten, erhofften oder befürchteten Auseinandersetzungen zwischen enttäuschten ArbeiterInnen, Arbeitslosen und ihren Chefs. Das läßt sich unter anderem damit erklären, daß auch die in Fabriken arbeitenden BewohnerInnen in der BRD und in der DDR ihre Gesellschaften jeweils nicht als Klassengesellschaften verstehen, sondern nach wie vor als Volksgemeinschaften.

Daß sie, ob stolz darauf oder nicht, sich als Deutsche fühlen (als benachteiligte im Osten, als leistungsstärkere im Westen), trotz ihrer ökonomischen Misere aber nicht als unterdrückte ProletarierInnen, läßt sich nicht einfach mit dem Verweis darauf negieren, daß sie es "objektiv" gesehen doch sind. Das Selbstverständnis einer Gesellschaft prägt "das Sein" der darin lebenden Individuen, die Privilegien, die ein Deutscher oder eine Deutsche in der nach rassistischen Kriterien verfassten deutschen Gesellschaft hat, sind nicht durch einen Verweis auf das ökonomische Ausbeutungsverhältnis dem er oder sie auch unterworfen sind abzutun - das umso weniger, als das ökonomische Ausbeutungsverhältnis auch von den Ausgebeuteten in ihrer überwiegenden Mehrheit und mit allen Konsequenzen verinnerlicht ist und akzeptiert wird, nicht zuletzt, aber auch nicht nur weil es ihnen einen gewissen ökonomischen Vorsprung (und sei es "nur" der vor den Erzfeinden auf der anderen Seite der Oder-Neiße-Grenze) sichert, und ein Gefühl der Überlegenheit, des "wir leisten mehr und besser" verschafft.

Dieser Nationalismus von "Zonis" (der im Westen nicht weniger, aber, weil selbstverständlicher noch unauffälliger ausgeprägt ist) legitimiert selbstverständlich nicht die Eroberungsstrategien des deutschen Kapitals, die Eroberungsstrategien des deutschen Kapitals entschuldigen aber auch nicht den Nationalismus des "Zonis". Interessant für die linke Analyse ist wie beides aufeinanderwirkt und

sich gegenseitig bedingt: Die Ruhe im Inneren, die verbreitete Bereitschaft, die Aggressionen gegen alles Fremde und als fremd deklarierte zu richten schaffen die optimale Ausgangsbasis für die Expansion der deutschen Wirtschaft - deren Erfolg ihrerseits wieder ein paar Brocken für den Rest abwirft und das deutsche Selbstbewußtsein verstärkt, allerdings nicht befriedigt: das Gefühl Anspruch auf noch mehr zu haben bleibt immer wach und ermöglicht langfristig die Eskalation. Wer sich also als Angehöriger der deutschen Volksgemeinschaft versteht und danach handelt verdient auch als solcher genommen zu werden.

In der linken Auseinandersetzung folgt auf diese Feststellung in der Regel ein verständnisloser Blick und als nächstes mit bitterem Unterton der Vorwurf: da "lugt fast Zufriedenheit hervor darüber, daß wir verschwindend wenige sind und nur Feinde uns umgeben" (mir. und mar.). Ungeachtet der durch die Jahrzehnte gemachten und bei jeder Gelegenheit aufs neue bestätigten Erfahrung, daß emanzipatorische Politik nicht mehrheitsfähig ist, wird die Absage an "Massenwirksamkeit" als schwerer Regelverstoß geahndet. "Auch wir glauben nicht, daß sich in nächster Zeit für radikale Linke massenpolitische Ansätze bieten werden, außer um den Preis der inhaltlichen Selbstverleugnung. Es ist aber falsch, sich die traurige Konsequenz einer reaktionären politischen Konjunktur auch noch offensiv auf die Fahnen zu schreiben, indem mensch prinzipiell die Bezugnahme auf die hier lebenden >Massen< für obsolet erklärt" zeigen, zwei für viele, "mir. und mar." den "Nie wieder Deutschland"-AktivistInnen die rote Karte.

Die "Bezugnahme" auf die hier lebenden Massen und >Massen< ist tatsächlich kaum zu umgehen - ihre schnell ins Aggressive umschlagende behäbige Selbstzufriedenheit ist es schließlich, die eine auf Revolution bedachte Politik stören muß. Mit einem "massenpolitischen Ansatz", wie ihn "mir. und mar." vor Augen haben, und wie er jahrelang - um die Arbeiter zu mobilisieren in den K-Gruppen, zur Radikalisierung von Bürgerinitiativen in der Ökobewegung - von Linken eher mehr als weniger erfolglos praktiziert wurde, hat das allerdings nichts zu tun.

Statt der nicht verlorengegangenen, weil seit der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus nie mehr erreichten "Massenwirksamkeit" nachzutruernv lohnte es sich Gedanken über den in der Linken verlorengegangenen Begriff von Aufklärung, und über den Unterschied zur Volksfürsorge einerseits und zur Publikumsbeschimpfung andererseits, zu streiten - sowie über die daraus erwachsenden Konsequenzen für unsere Praxis: "Massenwirksamkeit" als Kriterium für linke Politik abzulehnen heißt nicht an einer Verbreiterung unserer Basis desinteressiert zu sein - Kriterium dafür ist aber die Qualität des Erreichten, nicht die Quantität. Der Kampf muß um die Köpfe, nicht um die Gefühle geführt werden. Wer unwillens ist, sich mit einem Gedanken zu beschäftigen, wird auch nicht über agitatorische Tricks einen emanzipatorischen Schub erhalten.

Ein Beispiel für die Linien entlang derer diese Kontroverse verlaufen können, liefern die Auseinandersetzungen um die zweite "Nie wieder Deutschland"-Demonstration: Ein Vorschlag, der auf dem Kongreß der Radikalen Linken im Juni 1990 vorgestellt wurde, beinhaltete am 9. November 1990 - dem Jahres-Tag der Maueröffnung in Berlin, der Reichspogromnacht und des Hitler-Putsches in München- in Leipzig, der "Heldenstadt", zum zweiten mal bundesweit gegen die Deutsche Einheit auf die Straße zu gehen. "Die beachtliche Erregung, die dieser Vorschlag bereits unter Linken provoziert ist ein milder Vorgeschmack auf die öffentliche Empörung, die der Aktion zuteil werden, wenn es erst an die Realisierung geht. Eben das ist bezweckt!" Begründete Thomas Kieseritzky die Idee, "ist hier nicht hauptsächlich kraftmeierische Vorfremde auf einen geplanten Streich im Spiel?" halten ihm "mir. und mar." entgegen - und verkennen damit, den Unterschied zwischen vollmundiger Parolenprotzerei und dem Versuch, aus einer marginalisierten Position heraus angesichts einer durch repressive Toleranz strukturierten Öffentlichkeit überhaupt eigene Töne zum Klingen bringen zu können.

Der Vorschlag nach Leipzig zu gehen und durch die Wahl des Zeitpunkts unmißverständlich gegen die Verlängerung der deutschen Geschichte über den Nationalsozialismus hinaus in die Gegenwart Front zu machen, die "Nie wieder Deutschland"-Kampagne also zuzuspitzen, rief so heftige Abwehr hervor, daß er schließlich aufgegeben wurde. Vor allem die Sorge, die Wahl des Demonstrationsortes und die Behauptung, der 9. November 1989 müsse in der Tradition von Reichspogromnacht und Hitler-Putsch gesehen werden, könnten so verstanden werden, wie sie gemeint waren, ließ viele Gruppen, die die 12. Mai-Demonstration unterstützt hatten, von diesem Vorhaben abrücken. Auf gar keinen Fall wollte man die Aktivisten dieser "deutschen Revolution" brüskieren. Zwar hieß es in einer anderen Begründung für die 9. November Demonstration: "Das Ziel der Demonstration ist, daß die Leute, die die ersten noch riskanten und aus einem emanzipatorischen Impetus heraus getragenen Montagsdemonstrationen bestritten haben, wie der auf die Straße kommen und sich mit uns solidarisiere: Gegen Deutschland, gegen die Umwidmung des 9. Novembers vom antifaschistischen Geden- zum nationalistischen Freudentag - damit wäre, und das ist nur dort und dann möglich, ein neues Kapitel antiparlamentarischer Politik aufgeschlagen." (Nie wieder Deutschland, Nr. 4). Die Idee, die AkteurInnen vom Herbst 1989 herauszufordern, statt wortreich auf sie einzugehen, die Überlegung, daß ein Erkenntnisprozeß in dieser Situation, wenn überhaupt, nicht durch sorgsame Überzeugungsarbeit, sondern durch polemischen Widerspruch eingeleitet werden kann, fand kaum BefürworterInnen: Längst war auf den Schreck vom Frühjahr das Arrangement mit dem Unabänderlichen gefolgt - bei manchen offen, bei vielen im Stillen. Während die Uhr der Linken jahrelang stets fünf vor zwölf anzeigen konnte, war man jetzt, nach wenigen Wochen "Nie wieder" bereit sich umzustellen: Weiterhin dagegen, aber nicht unversöhnlich.

Daß Deutschland das Übel ist, das in kleiner Form nicht zu haben ist, das wir also auch in der Niederlage auf der Forderung nach Wiederauflösung beharren müssen, nicht weil sie realpolitisch sinnvoll, sondern weil Fundamentalismus hier einmal notwendig ist, war eine Feststellung, die von nun an gekontert wurde: "Ein grundsätzliches Defizit der Radikalen Linken ist auch, daß sie es bisher versäumt hat, zu definieren, was sie mit >deutsch< oder >Deutschland< meint..." (mir und mar). Auf zahllosen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen wurde diese Kritik in die zweifelnde Frage, "ihr meint wohl es gibt einen genetisch bedingten Nationalcharakter?", gekleidet. Um sich mit dem deutschen Nationalismus nicht auseinandersetzen zu müssen ist in diesen Wochen und Monaten keine Behauptung zu blöd: Denen, die auf das Fortwirken besonderer autoritärer Strukturen in Deutschland verweisen wird "umgekehrter Nationalismus" attestiert, bei Debatten lamentieren Ungefragte, sie könnten doch nichts dafür Deutsche zu sein und verweisen auf die doch gar nicht so anderen Verhältnisse in anderen Ländern.

Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe resümiert für sich und dieses weite Spektrum: "Dieses Deutschland hält all jene ökonomischen, politischen (Grund-)Strukturen, psychischen und sozialen Zurichtungen bereit, deren sich auch der deutsche Faschismus bedient hat. Nichts besonders deutsches, sondern Basiskonzentrat jeder kapitalistischen Gesellschaft: Autoritätshörigkeit, Nationalstolz, patriarchale Strukturen, Ordnungs(wahn)sinn, Leistungsethos...". Auch Antisemitismus und Rassenhygiene, politische Polizei und Armee waren nichts "besonders deutsches" und haben dennoch hier schrecklichere Wirkungen gezeitigt als in "jeder kapitalistischen Gesellschaft". Der Verweis auf die weltläufige Allgegenwärtigkeit der, frei nach Schmidt, Sekundärtugenden der Deutschen hat etwas Beklemmendes, weil er eine relativierende Aussage über Deutschland trifft, tatsächlich aber Schlimmstes auch für andere Nationen befürchten läßt. Das gilt insbesondere angesichts der zunehmend im Großen und in Details zu beobachtenden Anknüpfung der deutschen Gegenwart an die deutsche Geschichte: Gerade die Gruppen, die Ziel der gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Vernichtungsstrategien des Nationalsozialismus waren, die in der deutschen Linken stets sehr viel weniger reflektiert wurden als die staatsterroristischen Handlungen, die sich gegen dessen politischen GegnerInnen richteten, sind heute wieder ständigen Angriffen ausgesetzt.

1987 haben wir in "nix gerafft" bereits kritisiert, wie sich Linke mit dem bereits damals spürbar sich verschärfenden Antisemitismus abfinden. Seitdem hat sich die Situation für AusländerInnen, für Jüdinnen und Juden, für Behinderte in Deutschland verschlechtert. Man kann die Schändungen jüdischer Friedhöfe, antisemitische Artikel, Anschläge auf Unterkünfte von Flüchtlingen, Tötlichkeiten gegen Farbige, die Tötung von behinderten Neugeborenen, eine offen an NS-Traditionen anknüpfende "Euthanasie"-Diskussion, die Tag für Tag die Nachrichtenspalten füllen, dramatisch finden, wie wir, oder auch "normal": Es gibt keine objektiven Indikatoren dafür. Die Wahrnehmung und das daraus erwachsende oder vernachlässigte

Engagement sagen aber mindestens genauso viel über den eigenen Standpunkt aus, wie über die Tatsachen.

Als Nichtbehinderter läßt sich im allgemeinen eine Debatte über "unwertes Leben" leichter ertragen, für weiße Deutsche geht von Skinheads keine lebensbedrohliche Gefahr aus, als nichtjüdischer Atheist läßt sich antisemitisches Ressentiment problemlos ignorieren, als heterosexueller Mann erscheint einem weder die zunehmende Gewalt gegen Schwule noch die sich wieder etablierende biologistische Frauendiskriminierung unerträglich. Unbestreitbar allerdings ist, daß angesichts der hierzulande immer wieder aufs Neue demonstrierten, zunehmenden Gleichgültigkeit und Kritiklosigkeit gegenüber den produzierten Mißständen, die Lage problemlos dramatisiert und weiter eskaliert werden kann. Mit Widerstand und mit entschlossener Solidarität von größeren Teilen der Gesellschaft mit ausgegrenzten Gruppen kann, da sie sich bisher nicht entwickelt haben, auch für die Zukunft, wenn das Klima noch rauher werden sollte, nicht gerechnet werden.

Das Wiederaufleben in nationalsozialistischer Tradition stehender Aggressivität und Brutalität hat auch die linken VerfechterInnen der "Normalisierungs"-These, derzufolge sich in Deutschland nichts anderes tut, als in anderen europäischen Ländern auch, weder zu Irritationen noch gar zur Revision ihrer Positionen bewegen können. Auch die staatlichen Restriktionen wie das neue, den völkischen Kurs verschärfende Ausländergesetz und die staatlichen Untätigkeit in der Verfolgung der zunehmenden rassistischen Gewalttaten nehmen sie gelassen hin - kein Anlaß zur Beunruhigung. Für alles finden sich Gründe und nichts ist so schlimm, wie es anfangs aussieht. Die Perspektive ist gewählt: Wir sehen die erträglichen Seiten. Es wird nicht als Alarmsignal verstanden, daß sich in anderen europäischen Ländern vergleichbare Entwicklungen abzeichnen wie in Deutschland, daß auch in Frankreich, Belgien, Italien oder Griechenland nazistische Gruppen an denen wenig "neo" ist, außer daß sie nach Hitlers Tod gegründet wurden, erfolgreich sind. Es gilt vielmehr als ein Indikator für die relative Harmlosigkeit der Entwicklung in Deutschland, daß sie der in anderen europäischen Ländern ähnelt.

Wer 1987 analysierte, daß das Ziel deutscher Politik nach wie vor die Aulöschung der DDR und die Restauration des Deutschen Reiches sei, wurde als realitätsferner Propagandist belächelt - es galt damals als ausgemacht, daß die Wiedervereinigung bloß eine rhetorische Floskel zur Besänftigung der "Ewiggestrigen" sei. Wer heute vor einer Expansion Deutschlands nach Osten warnt und darauf verweist, daß die noch Kaliningrad als deutsches Herrschaftsterritorium ausweisenden Großmachtpläne keineswegs ad acta gelegt sind, wird vergleichbar schroff als Spinner abgetan. Paradoxe Weise glauben die linken Fraktionen gerade jetzt, wo die Realisierung droht, ihren früheren Prophezeiungen am wenigsten. Konnte jahrelang in der autonomen Szene routinemäßig dieses System am "faschistisch" qualifiziert werden, reüssiert ausgerechnet angesichts der real

existierenden Restauration Deutschlands eine meinungsbildende Gruppe wie die L.U.P.U.S.-Gruppe/Rhein-Main mit der Feststellung, daß "Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Systems nach 1948....und eben nicht die Kontinuitäten (zum Dritten Reich, Anm.d.Autoren) bestimmend für die Stabilität dieses Nachkriegsdeutschlands sind" (zit. nach Schwarzer Faden). Das klingt als sei es von Antje Vollmer geschrieben, es könnte aber auch die Handschrift eines x-bliebigen Bonner ZEIT-Korrespondenten, des PDS-Vorsitzenden Gysi oder eines Politikers der CDU-Sozialausschüße tragen. Gewiß, gewiß: In der Bewertung dieser Wirklichkeit sind sich die staatstragende und die staatsfeindliche Linke dann überhaupt nicht mehr einig. Aber das macht ja gerade den Reiz an Chören aus: Ist die Grundharmonie gewählt, ein verhaltenes Dur darf es sein, ist Mehrstimmigkeit Voraussetzung für einen interessanten Klang.

"Wie wenig die Faschismus These vom >4.Reich< - als Summe aller Kontinuitäten die Veränderungen und Entwicklungen der letzten Jahre Jahre erklären kann läßt sich mit ein paar >querliegenden< Beispielen andeuten: Die Ideologie >Frau zurück an den Herd< kann nicht die Nutzbarmachung >weiblicher Qualitäten< in allen gesellschaftlichen Bereichen - von der Frau in der Polizeiuniform, über die Managerin zur Frauenbeauftragten und erfolgter Quotierung -erklären. Die Ideologie der >Rassenreinheit< erklärt nicht die kosmopolitische Stuyvesant-Kampagne unter dem Motto >come together<, das rot-grüne Konzept einer multikulturellen Gesellschaft. Der überkochende, fahnenetrunkene Nationalismus gibt keine Antwort auf die nüchterne DM-Mentalität vieler Deutscher" uswuf. Die "Doitschstunde" der L.U.P.U.S.-Gruppe offenbart ein wesentliches Dilemma: Wer die Verlängerung des Nationalsozialismus in die bundesdeutsche Gesellschaft negiert, macht sich entweder ein falsches Bild von der bundesdeutschen Gegenwart oder hat eine verschwommene Vorstellung vom Nationalsozialismus - meistens aber beides. Aus Einzelbeobachtungen wird jeweils aufs Ganze geschlossen, ohne auch nur einen Versuch zu machen das Wesentliche zu bestimmen.

Während des Nationalsozialismus gab es zwar in der Tat keine Frauenbeauftragten und Managerinnen, Frauen in Uniformen waren allerdings keineswegs ungewöhnlich. Es gab einflußreiche Sozialpolitikerinnen und als Fürsorgerinnen waren Frauen gestaltende Kräfte der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft. Die "Frau zurück an den Herd"-Ideologie hatte zwar erhebliche Bedeutung für die NS-Sozialpolitik, sie bestimmte die Praxis aber keineswegs allein. Frauen wurden für den Reproduktions-Sektor insgesamt - bis hin zum "Einsatz" in den Einrichtungen des "Lebensborn" - in die Pflicht genommen und konnten sich dort auch, den Regeln und Gesetzen des NS folgend, "selbst verwirklichen". Der Nationalsozialismus machte sich durchaus in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen "weibliche Qualitäten" zu nutze: In den "Euthanasie"-Aktionen waren Ärztinnen und Pflegerinnen ebenso aktiv, wie in Konzentrationslagern, Frauen arbeiteten in der Rüstungsindustrie und bekamen eigene Nationalpolitische Erziehungsanstalten, also Eliteschulen. "Mit der Erforschung der Alltagsgeschichte ...dieser Zeit wurde ein Frauentyp

sichtbar, der sich nicht auf Kinder, Küche, Kirche reduzieren ließ oder auf Erbsensuppe kochen für den SA-Sturm oder die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt...Frauen und Mädchen aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten (konnten) den NS als Chance für eine eigene Karriere nutzen"(Ursula Aumüller-Roske in: "Töchter Fragen - NS-Frauengeschichte", Freiburg i.Br. 1990, S. 211). Daß Frauen auch in herausgehobenen Positionen, vor allem auf dem sozialpolitischen Sektor, aktiv waren ist selbstverständlich kein Wesenszug des Nationalsozialismus - dieses Merkmal gesellschaftlicher Modernisierung war aber in den Nationalsozialismus integriert.

Der These, es werde hier und jetzt ein "4.Reich" restauriert kann also nicht mit dem Verweis auf den Unterschied zwischen "Frau zurück an den Herd"-Ideologie und Quotierungsdiskussion entgegengetreten werden. Abgesehen davon erscheint die Quotierungsdiskussion, öffnet man den Blick für ein weiteres als das linksbürgerliche und alternative Spektrum, heute eher als Marginalie im Geschlechterverhältnis. Eher scheint z.B. der Versuch charakteristisch, Frauen aller Schichten für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Kinder verantwortlich zu machen: Dafür müssen Frauen garnicht zurück an den Herd gezwungen werden. Im Gegenteil: Eine Familien- und Sozialpolitik, der es gelingt, sie gleichzeitig zum Teil der industriellen bzw. für den Dienstleistungssektor bereitgehaltenen Reservearmee zu machen und sie weiterhin in der Verantwortung für die Familienarbeit zu belassen, erscheint erheblich effizienter. Daß beides, ein erträglicher oder guter Lebensstandard und Kinder zu haben, nur möglich ist, wenn der Nachwuchs nicht außergewöhnlich pflegebedürftig ist, bringt das Staatsinteresse und das Interesse der zukünftigen Eltern zur Deckung - die WissenschaftlerInnen haben mit der Entwicklung immer neuer pränataler Diagnosetechniken und Theorien, die die daraus resultierende Selektion im Mutterleib legitimieren das ihre zu dieser Nutzbarmachung der Frau beigetragen. Die bundesdeutsche Familienpolitik unterscheidet sich von der der Nationalsozialisten zweifelsohne - vor allem, weil sie auf offene staatliche Repression weitgehend verzichten kann: Ähnlichkeiten sind allerdings nicht von der Hand zu weisen.

Vergleichbar verhält es sich mit dem "Ideologie der >Rassenreinheit<": Hier kann nicht umfassend über die daraus resultierende Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten geschrieben werdenvii. Wichtig erscheint aber doch der Hinweis, daß es sich bei der "Rassehygiene" um eine zum damaligen Zeitgeist voll kompatible, wissenschaftlich begründete Ideologie und keineswegs nur um von dumpfsinnigem Ressentiment strotzende Politiker-Tiraden handelte. Das "Rassedenken" hat in dieser Ausformung heute sicherlich kaum mehr Relevanz - charakteristische Züge davon sind allerdings in den Arbeiten ehemaliger Rassenhygieniker, die auch nach dem Nationalsozialismus ihre akademische Karrieren fortsetzen konnten, weiterentwickelt worden. Insbesondere die Bevölkerungswissenschaft, einige Gebiete der Psychologie, der Psychiatrie und der Medizin reproduzieren das alte rassistische Denken in neuen Formulierungen.

Auch die deutsche Politik ist nach wie vor an einem (Blut-)Bild vom Deutschen orientiert, das sich vom damaligen nicht unterscheidet: Deutsche ist nicht, wer hier geboren wurde, sondern wer deutsche Ahnen vorweisen kann. Diese Volkstumspolitik erscheint keineswegs als längst überholtes Relikt aus vergangenen Zeiten, das abzuschaffen man vergessen hätte - sie prägt zusammen mit einem biologisierenden Denken, das der Vererbung zunehmend größere Bedeutung für alle sozialen Verhaltensweisen einräumt, heute die wissenschaftliche und politische Landschaft.

Daß sich ein Zigaretten-Hersteller wie Peter Stuyvesant Marktanteile mit einem "come together"-Image verspricht kann uns freuen oder egal sein - als Indiz für auch nur annähernd substantielle "Veränderungen und Entwicklungen der letzten Jahre" taugt es nicht: Es belegt bestenfalls, daß auch die bundesdeutsche Gesellschaft nicht aus einem monolithischen Block von RassistInnen besteht. Das galt allerdings auch für die Weimarer Republik: Der proletarische Internationalismus war zwar nicht gerade ein Werbeartikel -gleichwohl hatte er am Ende der Weimarer Republik eine nach Millionen zählende AnhängerInnenenschaft. Das sagt über die Verbreitung und Konsequenz eines antirassistischen Bewußtseins allerdings wenig aus - so wenig, wie die Einrichtung eines Dezernats für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt a.M.. Zwar ist der Begriff der "Multikultur" tatsächlich etwas in gewisser Hinsicht Neues - geprägt worden ist er aber mindestens zu erheblichen Teilen von der Neuen Rechte, deren "Ethnopluralismus" und "Multikultur"-Konzepte eine Modernisierung der nationalsozialistischen Volkstumspolitik darstellen, auf die ausführlicher einzugehen hier den Rahmen sprengen würde. Festzuhalten ist jedenfalls, daß rechte rassistische Konzepte heute erheblicher einflußreicher und verbreiteter sind, als antirassistische Strategien wirkungsvoll.

Läßt sich das Ausbleiben des "fahnenrunkenen Nationalismus" und die "nüchterne DM-Mentalität vieler Deutscher" nicht dennoch als deutlicher Hinweis auf einen Bruch mit der deutschnationalen Tradition, in der das Dritte Reich stand lesen? Die Entgegensetzung verblüfft in mehrerlei Hinsicht: Das Dritte Reich war ja, nach Auffassung der allermeisten deutschen Linken gerade nicht durch die Übereinstimmung von Bevölkerung und Herrschenden ausgewiesen, der "fahnenrunkene Nationalismus" zumindest weiter Teile der Bevölkerung taugte demnach auch kaum als Charakteristikum für den Nationalsozialismus. Im übrigen schließen sich "fahnenrunkenener Nationalismus" und "nüchterne DM-Mentalität" nicht aus: Nüchterne RM-Mentalität ist durchaus ein Motiv für den Zulauf der Nationalsozialisten in den Dreißiger Jahren gewesen. Der Wunsch, daß es einem besser gehen möge als im Augenblick und die Überzeugung, daß einem die eigene starke Nation dazu verhelfen könnte, das Ressentiment, daß "die anderen" einem vorenthalten, was einem eigentlich zusteht, die Überzeugung, daß man allen anderen eigentlich überlegen sei gehen im Gegenteil oft eine brisante Verbindung ein.

Das läßt sich, anders als die L.U.P.U.S.-Gruppe meint, durchaus auch im sich wiedervereinigenden Deutschland beobachten. Fahnenetrunkener Nationalismus hat sich sowohl in der Nacht des 9. November 1989 und des darauffolgenden Tages, als auch in der Nacht im Juli, als "wir" Fußballweltmeister wurden geprägt - in Hamburg wehte die Reichskriegsflagge, in Berlin wurden von schwarzrotgold gewandeten Berserkern AusländerInnen über den Alex gehetzt, in anderen Großstädten spielten sich vergleichbare Szenen ab. Die Bereitschaft bei den Menschen, ihr Bedürfnis sich als deutsches Kollektiv zu gebärden ist da - was tröstet es da, daß es bisher erst in zwei Nächten den Anlaß zum Losschlagen gefunden hat? "Auf deutschen Straßen ist wieder etwas los" freute sich damals die alternative taz, "Die Massen haben sich von dem vereinsamten Besäufnis vor dem Fernseher verabschiedet, sie ziehen in den öffentlichen Raum und freuen sich kollektiv...Vielleicht", schreibt sich der rasende Reporter Kintzinger frei, "vergessen sie dabei Auschwitz. Aber sie bereiten keine Neuauflage von Auschwitz vor. Im Gegenteil. Sie pfeifen auf die Strassenverkehrsordnung." Auf die bahnbrechende Erkenntnis, daß das Gegenteil der Vorbereitung von Auschwitz die Emanzipation des alternativen Subjekts von der Strassenverkehrsordnung ist, folgte keine Entschuldigung der Zeitung, keine Entlassung des Schreibers, keine Besetzung der Redaktionsräume - ein knappes dutzend LeserInnen-Briefe wird gedruckt. Die Selbstverständlichkeit mit der hier die nationale Aggression auf den Strassen und der befreite Kommentar im Bewußtsein zusammenwirken, wirft ein fahles Licht auf die Verhältnisse in Deutschland: Der Nationalismus ist etabliert und nationalistische Überlegungen und Gedanken formen immer weitere Bereiche der deutschen Politik. Waren die Versöhnungszeremonie über den Gräbern von Waffen-SS Soldaten in Bitburg, die Reden Alfred Dreggers, die Deutschen müßten aus Hitlers Schatten treten, die antisemitischen Äußerungen einiger Unionspolitiker wesentlich symbolisch gedacht, folgt jetzt der Wille Handlungen folgen zu lassen. Deutschland wird nicht mehr nur in Gedanken, sondern tatsächlich rekonstruiert. Berlin wird, Kosten spielen keine Rolle, Reichshauptstadt. Bundeswehreinmärsche außerhalb des NATO-Gebietes gelten mittlerweile als möglich. Die Diskussionen um die Privilegien sogenannter "Volksdeutscher" in Polen und der Sowjetunion geraten zusehends ernster, politischer Druck der europäischen Führungsmacht Deutschland und die ökonomischen Möglichkeiten der Industrienation eröffnen weitreichende Perspektiven. Das sind einzelne Beobachtungen - aber es sind keine Facetten. Die Nation ist wiedererwacht, Deutschland drängt auf neue Fragen und schnelle Antworten.

Daß nicht alle Tage Fahnen geschwenkt werden, daß auf den Ausbruch in den Strassen daheim die nüchterne Sorge ums Privileg folgt - wen sollte das angesichts dieses Umfeld beruhigen. Zweitausend bekennende Nationalsozialisten marschieren durch Dresden - ungehindert von der Polizei, nicht gestört von Antifas, geduldet und bewundert von der Bevölkerung. Es sind keine zwanzigtausend, wird eingewendet - aber es waren auch mal, müssen wir uns eingestehen, gar keine. Zahlen allein sind sicherlich keine zuverlässigen Indikatoren

für irgendwas: zweitausend PDS-AnhängerInnen, die sich in Leipzig vor einer Treuhand-Verwaltung die Hände reichten, wäre kein Beleg für eine Gefährdung der Bonner Modernisierungspolitik, zwanzigtausend streikende ArbeiterInnen belegen, anders als sich das die arbeitertümelnde "wildcat" wünscht, eben keine neue Konstituierung "der Klasse auf die die Kapitalisten verschreckt reagieren. Die Kontinuität deutscher Geschichte stellt sich eben nicht allein über den nationalen Stolz her, der zunehmend offen und von immer mehr Menschen wie selbstverständlich zur Schau gestellt wird, sondern über die darin angedeuteten Möglichkeiten - die zweitausend, die in Dresden marschieren stehen am Anfang, wir sind dagegen am Ende.

"Man kann die Parolen und Beweggründe der Friedensbewegung ätzend finden. Bloß diese Friedensbewegung artikuliert, daß die deutsche Bevölkerung - noch - nicht bereit ist, Kapitalinteressen mit kriegerischen Mitteln zu unterstützen. Und das ist ein realer Hemmschuh für den deutschen Imperialismus" resümiert "woffi" im ak 331 und stellt die rhetorische Frage: "Wie kann man, anders als zu Zeiten der Wiedervereinigung, wo es den großen nationalen Konsens gab, antideutsch sein, wenn es keinen nationalen Konsens gibt, sondern die Nation zerstritten ist?".

Da ist er wieder, der verklärte Blick, der eine zerstrittene Nation beobachtet, weil nicht alle auf der gleichen Stelle treten. Statt über dem selbstformulierten "noch" stutzig zu werden, wird alles in eins gesetzt und zum glatten Modell geformt: Die Friedensbewegung artikuliert die Bevölkerung, der Imperialismus bekommt einen Hemmschuh verpasst. Wie hätte der ausgesehen? Was ernsthaft angepackt wurde, wurde problemlos durchgesetzt: Die Luftwaffeneinheiten konnten in die Türkei verlegt werden, das Grundgesetz wird geändert, deutsche Minensucher waren am Golf, deutsche Firmen liefern weiter in Krisengebiete, die Israel-Boykott-Klausel in den Handelsverträgen ist in Deutschland anders als in den USA noch nicht verboten...Und die Friedensbewegung: Sie hat gegen einen Krieg im Nahen Osten demonstriert, der von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen wurde, für einen Frieden, dessen Bedingungen auch in den eigenen Reihen umstritten waren. "Nein!" war die dominierende Parole - das wäre an sich nicht schlecht, sollte es Kompromißlosigkeit und Entschlossenheit ausdrücken. Der überaus schnelle Zerfall des Engagements macht diese wohlwollende Interpretation allerdings fragwürdig. Gegen den nationalen Konsens? Wo waren ihre Aktiven, als dieser Konsens formiert wurde, der Konsens, daß die deutsche Geschichte wieder offen ist, fortgeschrieben werden kann? Den nationalen Konsens jedenfalls die Friedensbewegung nicht gestört, weil sie sich in ihrer überwiegenden Mehrheit dafür überhaupt nicht interessiert hat.

¹Die "Nie wieder Deutschland" erschien 1990 viermal und mobilisierte für die zentralen antideutschen Aktionen

ii Am 12.Mai demonstrierten etwa 15.000 Menschen in Frankfurt a.M.. Die Demonstration, die trotz massiver Provokationen der Polizei, zu Ende geführt werden konnte hatte erhebliche Resonanz auch in der internationalen Presse und ein Nachspiel im Hessischen Landtag.

iii Günther Anders hat das nötige zur "Kollektivschuld"-These bereits geschrieben: "Ich spreche von denjenigen deutschen und österreichischen Zeitgenossen, die einander und sich einreden, daß unsere Bitte, das Gewesene (damit es sich nicht wiederhole) nicht zu vergessen, nichts sei als der indirekte Vorwurf einer "Kollektivschuld". Nun, dieser Terminus ist ganz sinnlos. Es mag zwar unmittelbar nach Kriegsende, als die maschinelle Massenvernichtung bekannt wurde; und als evident wurde, daß es keinen Deutschen gegeben haben konnte, der nichts davon gewußt hätte....also damals, vor mehr als vierzig Jahren mag zwar dieser hilflose Ausdruck verwendet worden sein. Aber schon um 1950 wurde er von keinem ernsthaften Menschen: keine seine Toten Betruernden, keinem seriösen Autor, Historiker oder Politiker mehr in den Mund genommen. Mit dem Überleben des Wortes....hat es seine besondere Bewandnis. Am Leben gehalten und zwar eifersüchtig und hartnäckig wird dieses Wort allein durch Euch...In der Tat führt Ihr Euch so auf, als wenn wir Euch pausenlos den Vorwurf der "Kollektivschuld" entgegenschleuderten. Und das tut Ihr deshalb, weil Ihr den Begriff benötigt...weil Ihr wünscht die Chance zu haben, ihn abweisen zu können und Euch durch diese Abweisung ins Recht setzen zu können. Gäbe es das Wort nicht würdet Ihr es erfinden, um es zu bekämpfen...Kurz: Ihre Leute hier, die Eichmannsöhne von heute, leben geradezu im Glauben daran, daß die sie verunrechtende Anklage von uns dauernd vertreten werde. Sie benötigen den Vorwurf um durch Nachweis seiner Falschheit Schuldlosigkeit beweisen zu können." (zit. nach Kritik und Krise Nr. 4/5, S.47)

iv "Eine militante Kritik am Faschismus kommt nicht umhin, die Millionen von Menschen wahrzunehmen, deren Willen nicht gebrochen werden mußte, der sich vielmehr in der aktiven Teilnahme an Kriegsverbrechen, an der Vernichtung von Jüd/innen, an der Verfolgung und Liquidierung von Oppositionellen, an der Ausmerzung und Selektion >unwerten< Lebens ausdrückte. (Volks-)Massen, die Führerkult, bedingungslosen Gehorsam und soldatische Lebenskonditionierung nicht als Unterdrückung empfunden haben, sondern als Sicherung ihrer eigenen autoritären, patriarchalen Lebensvorstellungen ...- mögen sie innerhalb ihrer eigenen >Rasse< noch so arme Schweine geblieben sein....Die militante Kritik am Volks- wie am kommunistischen Klassen-Begriff ist gegen zwei Unschuldserklärungen gerichtet: Einmal gegen die reaktionäre, besinnungslose Faschismus-Version des Nachkriegsdeutschlands, die mit >Rechts- und Linksextremismus< den Untergang der Weimarer Republik begründete. Der >demokratische< Staat und das (Kern-)Volk - sich in der Mitte umeinander scharend - wurde zu unschuldigen Opfern, zur wehrlosen Beute des terrors von links und rechtsZum Zweiten gegen das klassische, kommunistische Faschismus-Verständnis gerichtet, das im Faschismus nur >die Herrschaftsform des Kapitals in der Krise< (Dimitroff) entdecken konnte. Versucht die rechte Faschismus-Analyse die Ursachen und Bedingungen für faschistische Herrschaft an den Rand zu projizieren, so transportiert die kommunistische Faschismus-Analyse die >Schuld< daran nach oben, in die Oberklassen." (autonome L.U.P.U.S.-Gruppe Rhein/Main, Die Maskenbildner des Krieges, zit. n. unveröffentlichtem Manuskript)

V Alfred Andersch hat in "Kirschen der Freiheit" seinen Abschied vom Begriff der "Massen" erzählt: Im März 1933 stürzte vor dem kurz zuvor geschlossenen Gewerkschaftshaus ein SA-Motorradfahrer. "Jetzt eine kleine Bewegung nur, ein einziger Schrei, und alles käme in Gang: Der prasselnde Regen von hundert Fäusten auf den Mann, der Strumlauf zum besetzten Haus, das knattern von Gewehrsalven...(das) hätte genügt den Staatsstreich in ein für alle sichtbares Blutbad zu verwandeln und den Schein der >Ordnung< zerstört. Aber ich stieß den Schrei nicht aus. Niemand...Wir gingen auseinander. Jeder für sich. Es gab keine Massen. Vielleicht hatte es früher einmal Massen gegeben, kollektiv gerichtete Willenskeile, Springfluten der Geschichte, Material für Aufstände...Aber die Appelle der Geschichte sind verraucht. Es gibt nur noch einzelne, manchmal durch Zufall oder durch Zwang zu Mengen zusammengefügt, psychotischen Zuständen des Jubels oder des Fatalismus verfallend und dann wieder

heimkehrend, allein, in Zimmern sitzend, bei aufgedrehtem Radio, klapperndem Geschirr, Sirenengejohl." (Kirschen der Freiheit, S.34ff.)

^{vi}Es ist ein Dilemma dieses Artikels, daß in ihm "Radikale Linke" steht, wenn Autoren, die durchaus nicht die Radikale Linke sind, kritisiert werden

^{vii} Das vor allem nicht, weil wir mit Dan Diner der Auffassung sind, daß der in Zusammenhang mit dem Rassedanken in das einzigartige Verbrechen der Vernichtung der europäischen Juden gemündete Antisemitismus der Deutschen, sich einer ökonomischen und politischen Erklärung entzieht. Wir verweisen hier deswegen auf den von Wolfgang Schneider herausgegebenen Band: Die Konsequenzen des Rassedankens für die "Euthanasie"-Diskussion und die daraus resultierenden Massenmorde werden im Schlußkapitel von "Geschätztes Leben" von Oliver Tolmein thematisiert.